

Wandel des Stadtteils Lichtenbroich - Mieterrechte wahren!

Mit den im Januar begonnenen Arbeiten in der Siedlung der Rheinwohnungsbau am Volkardeyer und Sermer Weg hat der Umbau im Osten von Lichtenbroich begonnen. Im ersten Bauabschnitt kommt es zu einem Neubau für seniorengerechte Wohnungen und Sanierung einer kompletten Häuserzeile. Zuerst hatte Rheinwohnungsbau versucht, die oft langjährigen Mieterinnen und Mieter in andere Stadtteile zu vertreiben. Mit Unterstützung der LINKEN konnte das verhindert werden, so dass diejenigen, die in der Siedlung wohnen bleiben wollten, als Übergangslösung in eine andere Wohnung oder in eine sogenannte Hotelwohnung gezogen sind. Zur Vor-

bereitung auf die 2. Bauphase versucht nun die Rheinwohnungsbau wiederum, den Menschen Wohnungen in anderen Stadtteilen anzudrehen. Das ist für die Rheinwohnungsbau eine preiswerte Möglichkeit Menschen aus den zu sanierenden Wohnungen auszuquartieren, da sie dann nur den Umzug bezahlen muss. Aber niemand braucht sich auf solche Spielchen einzulassen: Die Rheinwohnungsbau muss mit jeder Mietpartei einen Vertrag schließen. In diesem Vertrag müssen alle Einzelheiten – welche Wohnung bekomme ich, wie hoch ist die Miete, Übernahme der Kosten für Umzüge etc. – geklärt sein.

Wandel des Stadtteils Lichtenbroich - Mieterrechte wahren!

Mit den im Januar begonnenen Arbeiten in der Siedlung der Rheinwohnungsbau am Volkardeyer und Sermer Weg hat der Umbau im Osten von Lichtenbroich begonnen. Im ersten Bauabschnitt kommt es zu einem Neubau für seniorengerechte Wohnungen und Sanierung einer kompletten Häuserzeile. Zuerst hatte Rheinwohnungsbau versucht, die oft langjährigen Mieterinnen und Mieter in andere Stadtteile zu vertreiben. Mit Unterstützung der LINKEN konnte das verhindert werden, so dass diejenigen, die in der Siedlung wohnen bleiben wollten, als Übergangslösung in eine andere Wohnung oder in eine sogenannte Hotelwohnung gezogen sind. Zur Vor-

bereitung auf die 2. Bauphase versucht nun die Rheinwohnungsbau wiederum, den Menschen Wohnungen in anderen Stadtteilen anzudrehen. Das ist für die Rheinwohnungsbau eine preiswerte Möglichkeit Menschen aus den zu sanierenden Wohnungen auszuquartieren, da sie dann nur den Umzug bezahlen muss. Aber niemand braucht sich auf solche Spielchen einzulassen: Die Rheinwohnungsbau muss mit jeder Mietpartei einen Vertrag schließen. In diesem Vertrag müssen alle Einzelheiten – welche Wohnung bekomme ich, wie hoch ist die Miete, Übernahme der Kosten für Umzüge etc. – geklärt sein.

Bevor nicht solch ein Vertrag geschlossen ist, braucht niemand seine Wohnung aufzugeben.

Ganz anders ist die Situation in der Siedlung der Düsseldorfer Spar- und Baugenossenschaft (DÜBS) an der Krahenburgstraße und Umgebung. Hier haben die Bauarbeiten noch nicht begonnen. Es gibt eine Bürgerinitiative zum Erhalt der Siedlung. Entgegen ursprünglichen Planungen hat die DÜBS vom Totalabriss Abstand genommen. Sie hatte versucht, die Bewohner zu spalten, indem sie ein Konzept vorlegte, wonach nur der südliche Teil abgerissen und der nördliche Teil erhalten würde. Zuerst ist diese Strategie auch aufgegangen aber inzwischen ziehen alle wieder an einem Strang. Die Bürgerinitiative hat ein alternatives Gutachten erstellen lassen, das die Bedürfnisse der AnwohnerInnen berücksichtigt.

DIE LINKE fordert bei solchen Wohnungsprojekten die Mit-

bestimmung der AnwohnerInnen. Es darf nicht sein, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, was und wie gebaut wird. Wohnen muss den Bedürfnissen der Menschen entsprechen und nicht den Profiterwartungen der Unternehmen – egal ob sie privat, öffentlich oder vielleicht auch genossenschaftlich organisiert sind.

Außerdem tritt DIE LINKE für einen hohen Anteil von öffentlich geförderten Wohnungen ein. Die 20%, die in Düsseldorf gelten, sind entschieden zu wenig. In Lichtenbroich muss dringend eine weitere Kindertagesstätte gebaut werden, da die drei bestehenden Kitas den Bedarf nicht mehr abdecken. Was wir in Lichtenbroich dringend benötigen ist ein Stadtteilzentrum, in welchem die BewohnerInnen sich treffen können und in dem es kulturelle Angebote gibt.

Lichtenbroich ist nicht nur Schlafstätte.

Bevor nicht solch ein Vertrag geschlossen ist, braucht niemand seine Wohnung aufzugeben.

Ganz anders ist die Situation in der Siedlung der Düsseldorfer Spar- und Baugenossenschaft (DÜBS) an der Krahenburgstraße und Umgebung. Hier haben die Bauarbeiten noch nicht begonnen. Es gibt eine Bürgerinitiative zum Erhalt der Siedlung. Entgegen ursprünglichen Planungen hat die DÜBS vom Totalabriss Abstand genommen. Sie hatte versucht, die Bewohner zu spalten, indem sie ein Konzept vorlegte, wonach nur der südliche Teil abgerissen und der nördliche Teil erhalten würde. Zuerst ist diese Strategie auch aufgegangen aber inzwischen ziehen alle wieder an einem Strang. Die Bürgerinitiative hat ein alternatives Gutachten erstellen lassen, das die Bedürfnisse der AnwohnerInnen berücksichtigt.

DIE LINKE fordert bei solchen Wohnungsprojekten die Mit-

bestimmung der AnwohnerInnen. Es darf nicht sein, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, was und wie gebaut wird. Wohnen muss den Bedürfnissen der Menschen entsprechen und nicht den Profiterwartungen der Unternehmen – egal ob sie privat, öffentlich oder vielleicht auch genossenschaftlich organisiert sind.

Außerdem tritt DIE LINKE für einen hohen Anteil von öffentlich geförderten Wohnungen ein. Die 20%, die in Düsseldorf gelten, sind entschieden zu wenig. In Lichtenbroich muss dringend eine weitere Kindertagesstätte gebaut werden, da die drei bestehenden Kitas den Bedarf nicht mehr abdecken. Was wir in Lichtenbroich dringend benötigen ist ein Stadtteilzentrum, in welchem die BewohnerInnen sich treffen können und in dem es kulturelle Angebote gibt.

Lichtenbroich ist nicht nur Schlafstätte.